NICOLE GROHMANN

Internationalisierung der Handelsgerichtsbarkeit

Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht 185

Mohr Siebeck

Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht

Band 185

herausgegeben von

Rolf Stürner



Nicole Grohmann

Internationalisierung der Handelsgerichtsbarkeit

Eine Frage des Managements

Nicole Grohmann, geboren 1995; Studium der Rechtswissenschaften an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg; 2018 Erste Juristische Prüfung; Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für ausländisches und internationales Privatrecht, Abt. III an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg; 2021 Promotion; Rechtsreferendarin am Landgericht Freiburg.

ISBN 978-3-16-161201-5 / eISBN 978-3-16-161202-2 DOI 10.1628/978-3-16-161202-2

ISSN 0722-7574 / eISSN 2568-7255 (Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über http://dnb.dnb.de abrufbar.

© 2022 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädele in Nehren gebunden.

Printed in Germany.

Für meine Eltern und meine Uroma Paula

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2021 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau als Dissertation angenommen. Die Arbeit befindet sich, sofern nicht anders gekennzeichnet, auf dem Stand von August 2021.

Herzlich danken möchte ich meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Jan von Hein, der mir die Anregung für das Thema gegeben hat und mir mit fachlichem Rat in allen Phasen der Promotion zur Seite stand. Herrn Professor Dr. Alexander Bruns danke ich für die äußerst zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Dank gebührt auch dem Herausgeber, Herrn Professor Dr. Dres. h.c. Rolf Stürner, sowie dem Verlag Mohr Siebeck für die Aufnahme meiner Arbeit in die Schriftenreihe "Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht".

Diese Arbeit wurde durch ein Promotionsstipendium der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert. Für die Förderung möchte ich der Stiftung meinen Dank aussprechen. Hervorzuheben ist ferner die großzügige Unterstützung der Studienstiftung ius vivum sowie der Wissenschaftlichen Gesellschaft Freiburg im Breisgau bei der Drucklegung.

Darüber hinaus danke ich meinen Freunden, die mir während des gesamten Studiums und der Promotionszeit stets zur Seite gestanden haben.

Von Herzen danke ich schließlich meiner Familie, die meine Ausbildung ermöglicht und mich von jeher bedingungslos unterstützt hat.

Freiburg, im September 2021

Nicole Grohmann

Inhaltsübersicht

Vor	wort	VII
Inha	altsverzeichnis	XIII
Abk	ürzungsverzeichnis	XXIX
Kap	pitel 1: Einführung	1
А. И	Vettbewerb der Justizstandorte	2
I. II. III.	Internationaler Wettbewerb	12
<i>B</i> . <i>S</i>	tand der deutschen Handelsgerichtsbarkeit	14
C. <i>L</i>	Die Hybrid-Lösung	17
D. Z	Ziele	19
	pitel 2: Divergenzen zwischen Gerichtsbarkeit und ehtsstreit	21
NCC	inssuert	21
A. P	Problemfelder in der deutschen Handelsgerichtsbarkeit	22
I. II.	Historischer Hintergrund	
III. III.	Zuständigkeitsfragen Die unsachgemäße Einbeziehung der Laienrichter	
III. IV.	Aktuelle Herausforderungen der Berufsrichter	
V.	Veralteter Prozessrahmen: Fehlendes Case Management	
VI.	Exkurs: Die deutsche Patentgerichtsbarkeit	
	Bedürfnisse wirtschaftsrechtlicher Streitigkeiten	
I.	Prozessuale Bedürfnisse	
	Materiell-rechtliche Redürfnisse	

Ш.	Zwischenergebnis	107
C. C	Orientierungslosigkeit der Kammern für Handelssachen	107
Kaj	pitel 3: Internationale Wirtschaftsgerichtsbarkeiten	109
A. L	ondon Commercial Court	110
I. II. III. IV.	Hintergrund Verfahren vor dem LCC – Case Management the English way Weitere Argumente für den LCC Brexit	115 147
<i>B</i> . <i>E</i>	Hybrid-Gerichte	156
I. II. IV. V. VI.	Das Grundgerüst: Ein Schiedsverfahren Die Bedeutung von Modellgesetzen Der Hybrid Singapore International Commercial Court Brussels International Business Court Netherlands Commercial Court	172 193 197 218
<i>C. L</i>	Die Rolle Europas	244
I. II. III. IV. V.	European Commercial Court Förderung der Europäisierung Europäisches Zivilverfahrensrecht. Zwischenergebnis. Annex: Übersicht internationaler Instrumente sowie der deutschen Regelungen	248 251 272
<i>D</i> . <i>Z</i>	Zwischenergebnis	288
I. II. III.	London bietet weiterhin den 'besten' Prozessrahmen	289
Kaj	pitel 4: Umfang und Grenzen der Reform	293
Α. Λ	Notwendiger Umfang der Reform	294
I. II. III.	Gemeinsamkeiten der ausländischen Verfahrensmodelle Untauglichkeit des bisherigen Gesetzesentwurfs Notwendigkeit eines internationalen Maßstabs	301

<i>B. G</i>	renzen der Reform	306
I. II. III.	Kulturelle Identität als Markenbildung	. 308
C. Ir	nternationalisierung als Lösung	355
Kap	oitel 5: Inhalt der Internationalisierung	.357
A. G	ründe	357
I. II.	Es sprechen alle darüber	
	Jahre 2009	
III.	Gegenwind zum London Commercial Court?	
IV.	Gegenwind zur Schiedsgerichtsbarkeit?	. 360
V.	für deutsche Unternehmen	362
VI.	Die verkannte Rolle der Rechtsprechung.	
	Beitrag zur internationalen Rechtssicherheit und	. 505
	Rechtsvereinheitlichung	. 365
VIII	.Geopolitische und wirtschaftliche Entwicklung	
B. U	mfang der Reform	367
<i>C. B</i>	egriff der Effizienz	369
I.	Begriff der Attraktivität	. 370
II.	Komponenten einer effizienten Lösung: Verhältnismäßigkeit	
III.	Zugänglichkeit	
IV.	Zwischenergebnis	. 373
D. L	ösungsvorschlag	374
I.	Einleitung: Spezialisierung und Diversifizierung	374
II.	Gerichtsorganisation	
III.	Zugang zum Gericht	
IV.	Die Besetzung der Richterbank	
V.	Moderne Anwaltswelt	410
VI.	Verfahrensaufbau	
	ZPO für Wirtschaftsverfahren?	
	.Werbung	
IX.	Sonstiges	. 467

Kap	ortel 6: Ergebnis	469
A. N	Aanagement als Schlüssel zum Erfolg	. 469
I.	Aufgabe der Legislative	. 469
II.	Möglichkeiten der Judikative	
III.	Aufgabe der Anwälte	. 473
<i>B</i> . <i>E</i>	Einheit statt Wettbewerb	. 473
Anl	hang: Entwurf eines ,German Commercial Court Guide'	475
A. C	Gerichtsorganisation	. 475
I.	Zuständigkeit	. 475
II.	Einbeziehung der Laienrichter	
B. V	Perfahrensablauf	. 479
I.	Allgemeine Vorschriften	. 479
II.	Beweisaufnahme	. 503
III.	Sachverständige	. 510
IV.	Verhältnis zur ADR und zur Schiedsgerichtsbarkeit	. 511
Lite	raturverzeichnis	. 515
Mat	erialien	. 547
A. V	Vebseiten der International Business Courts	. 547
B. N	Aaterialien und Auskünfte der Justizstandorte	. 548
I.	Deutschland	. 548
II.	Vereinigtes Königreich	
III.	Singapur	
IV.	Niederlande	
V.	Belgien	
VI.	Dubai	
VII.	Europa	. 553
C. M	Modellgesetze	. 554
a .		
Sact	nregister	. 557

Inhaltsverzeichnis

Vor	wort	VII
Inh	altsübersicht	IX
Abl	kürzungsverzeichnis	ΚΧΙΧ
Ka	pitel 1: Einführung	1
A. V	Wettbewerb der Justizstandorte	2
I.	Internationaler Wettbewerb	3
	Der europäische Wettbewerb	
	2. Der Klassiker: Common vs. Civil law	
	3. Das Duell: Private gegen staatliche Gerichtsbarkeit	8
	4. Der Newcomer: Der asiatische Rechtsmarkt	
II.	Inländischer Wettbewerb	
III.	Notwendigkeit der Teilnahme am Wettbewerb	12
B. S	Stand der deutschen Handelsgerichtsbarkeit	14
C. 1	Die Hybrid-Lösung	17
D. 2	Ziele	19
Ka	pitel 2: Divergenzen zwischen Gerichtsbarkeit und	
Re	chtsstreit	21
A. I	Problemfelder in der deutschen Handelsgerichtsbarkeit	22
I.	Historischer Hintergrund	22
	1. Die Entstehung einer eigenständigen Handelsgerichtsbarkeit	
	2. Fassung der rechtlichen Grundlage im GVG – Abschied von	
	der eigenständigen Handelsgerichtsbarkeit	25
II.	Zuständigkeitsfragen	
	1. Überkommenes Antragserfordernis?	27

		a)	Dog	maus	sche Unklärheiten	21
					slegung des Antragserfordernisses	
	2.	Qua	alifika	ation	als Handelssache	30
	3.				lgen	
III.	Die	uns	achge	emäß	e Einbeziehung der Laienrichter	33
	1.	Hin	tergr	und		34
	2.	Akt	tuelle	Prob	oleme	35
IV.	Ak				orderungen der Berufsrichter	
	1.				orinzip	
	2.				gel	
		a)			ältnis zwischen Richter- und Verfahrensanzahl	
		b)			ältnis beim Kenntnisstand der Richter und	
		- /				41
	3.	Rot			Richter	
	4.				pertisenverlust	
	5.				ebnis	
V.	Ve				srahmen: Fehlendes Case Management	
	1.				fahrensleitung	
		a)			es Case Management	
		/	aa)		zialisierung	
			/		kibilität und Kontrolle des Verfahrensablaufs	
			cc)		lementierung von informations-	
					nologischen Lösungen	51
		b)	Vert		nsleitung nach der ZPO	
		-,	aa)		stehung gerichtlicher Mitwirkungspflichten	
			,	(1)	Der Ursprung: Die CPO 1877	
				(2)	Die ZPO 1909	
				(3)	Die ZPO 1924	
				(4)	Die Vereinfachungsnovelle 1976	
				(5)	Das Zivilprozessreformgesetz 2001	
				(6)	Die ZPO 2020: Der neue § 139 Abs. 1 S. 3 ZPO	
			bb)		fahrensleitung de lege lata	
			cc)		fahrensleitung in der Praxis	
			<i>cc)</i>	(1)	Fehlende Vorbereitung	
				(2)	Fehlende sachliche Aufbereitung	
				(3)	Fehlende rechtliche Aufbereitung	
				(4)	Zwischenergebnis	
	2.	Ger	ichte	\ /	he	
	3.				uer und Instanzenzug	
	4.				ückständigkeit	
VI.					che Patentgerichtsbarkeit	
					aftsrechtlicher Streitigkeiten	

I.	Prozes	suale Bedürfnisse	78
	1. Int	ternationale Vollstreckbarkeit	
	a)	Unvollständige Vollstreckungsmöglichkeiten	79
	b)		
	c)		81
	d)		
		eutralität und Spezialisierung von Forum und Richter	
		erfahrensflexibilität	
II.		ell-rechtliche Bedürfnisse	
		chnische und rechtliche Komplexität	
		ternationalität	
		Vertragssprache	
	b)		
		aa) Internationales Handelsrecht	
		bb) Rechtswahlfreiheit	
	c)		
		aa) Komplexität des deutschen materiellen Rechts	
		bb) Fehlende Ausrichtung auf Unternehmensstreitigkeiten	
		cc) Änderung des deutschen materiellen Handelsrechts?	
	d)		
		aa) Vorteile des englischen Rechts	
		bb) Konzeption des englischen Vertragsrechts	
		cc) Verknüpfung mit der Schiedsabrede	105
TTT	e)	ε	
111.	ZW1SCI	nenergebnis	107
C. C) Prientier	rungslosigkeit der Kammern für Handelssachen	107
Kaı	oitel 3:	Internationale Wirtschaftsgerichtsbarkeiten	.109
		Ç	
A. L	ondon (Commercial Court	110
т	TT'	grund	111
I.			
		storische Wurzelnopperation mit der Schiedsgerichtsbarkeit und die Londoner	112
		gal Industrygal	112
тт		andort London ren vor dem LCC – Case Management the English way	
II.		erichtsorganisation	
		erichtsorganisation	
		chter(persönlichkeiten) des LCC	
	3. Ki		
	/	Einzelrichterprinzip	
	υ)	Linzon 1011101 printarp	11/

	4.	Ve	rfahre	ensabl	lauf	120
		a)			tion des adversarial system	
			aa)		oindung der Parteien und Anwälte	
			bb)		tinuität	
			cc)	Veri	fahrensdauer	124
			dd)	Dok	rumentation und Standardisierung	124
		b)	Case	e Mar	nagement	125
			aa)	Klag	geerhebung	126
			bb)	Case	e Management Conference	127
			cc)	Vor	- und Aufbereitung des Falls durch die Parteien	128
			dd)	Pers	sonelle Kontinuität auf Richter- und Anwaltsseite	130
			ee)	Mür	ndliche Hauptverhandlung	130
			ff)	Zwi	schenergebnis	131
		c)	Bew	eisve	erfahren	132
			aa)		trial disclosure	
			bb)	Zeu	gen und Sachverständige	136
				(1)	Beweisaufnahme vor der mündlichen	
					Hauptverhandlung	137
				(2)	Beweisaufnahme in der mündlichen	
					Hauptverhandlung	
			cc)		schenergebnis	
		d)			hkeit des Verfahrens	
		e)	Dive		kation des Verfahrens	
			aa)		fahren für besondere Sachgebiete	
			bb)		kürztes Verfahren	
			cc)		tibles Verfahren	
		f)			nergebnis	
	5.	Ve			r ADR und dem gerichtlichen Vergleich	
		a)			streitiges Verfahren	
		b)			cher Vergleich	
	6.					
	7.				ebnis	
III.					te für den LCC	
IV.						
	1.				iche Änderungen	
		a)			rung Londons als Gerichtsstand	
	_	b)			Vollstreckbarkeit englischer Urteile?	
	2.				ntliche Änderungen	
	3.	Ab	schlie	eßend	e Prognose	155
В. Н	lybri	id-G	erich	te		156
I.	Da	s Gr	undge	erüst:	Ein Schiedsverfahren	157
	1.		_		t	

		a)	Vollstreckbarkeit	159
		b)	Neutralität	159
		c)	Vertraulichkeit	160
		d)	Spezialisierung	
		e)	Flexibilität in der Rechtsanwendung	
	2.	Vei	rfahrensablauf	
		a)	Sprache	
		b)	Instanzen	
		c)	Case Management	
		d)	Beweisverfahren: Insbesondere IBA-Guidelines	
			aa) Pre-Trial Disclosure	
			bb) Art und Weise der Beweisaufnahme	
		e)	Vertraulichkeit	
		f)	Digitalisierung	
		g)	Kosten.	
	3.	0	tuelle Problemfelder	
II.	Die		deutung von Modellgesetzen	
	1.		ICITRAL Model Law	
		a)	Hintergrund und Zielsetzung	174
		b)	Anwendungsbereich	174
		c)	Richterbank	175
		d)	Verfahrensablauf	175
			aa) Sprache	176
			bb) Klageerhebung	176
			cc) Mündliche Verhandlung	177
			dd) Kooperation	177
			ee) Beweisverfahren	177
		e)	Offene Spielräume	178
			aa) Lückenfüllung durch soft law	178
			bb) Inhärente Pflicht zum Case Management	
		f)	Zwischenergebnis	
	2.	Pri	nciples of Transnational Civil Procedure	
		a)	Vorwort – Fundament der PTCP	180
		b)	Zuständigkeit	182
		c)	Richter, Anwälte und Parteien	183
			aa) Richter	183
			bb) Anwälte	183
			cc) Parteien	184
		d)	Sprache	184
		e)	Prozessstruktur	185
			aa) Vorbereitungsphase	185
			(1) Klageerhebung	
			(2) Komplexitätsreduktion	186

			(3) Straffung des Verfahrens	. 187
			bb) Zwischenphase	. 187
			cc) Mündliche Hauptverhandlung	. 187
		f)	Beweisverfahren	. 188
			aa) Form der Beweiserhebung	. 188
			bb) Vorlagepflicht	. 188
			cc) Vernehmung von Parteien und Zeugen	
			dd) Sachverständige	
		g)	Vertraulichkeit des Verfahrens	. 190
		h)	Technische Möglichkeiten	. 191
		i)	Verhältnis zum gerichtlichen Vergleich und ADR	
		j)	Zwischenergebnis	
	3.	Vo	rteile der Einbindung von Modellgesetzen	. 191
III.	De		brid	
	1.		herige Verbindung: Staatliches Gericht als	
			chtsmittelinstanz	. 193
	2.		niedsverfahrensordnung als Ideenpool	
	3.		rschmelzung	
IV.	Sin		ore International Commercial Court	
	1.		ntergrund	
	2.	Vei	rfahren	. 198
		a)	Gerichtsorganisation	. 198
		b)	Zuständigkeit	. 199
		c)	Richter und Anwälte	. 200
			aa) Richter	. 200
			bb) Anwälte	. 202
		d)	Verfahrensablauf	. 202
			aa) Klageerhebung und förmliche Vorgaben	. 203
			bb) Case Management Conference	. 203
			cc) Ermittlung ausländischen Rechts	. 205
			dd) Digitalisierung: Vereinfachung des Verfahrens	. 207
			ee) Mündliche Termine und Hauptverhandlung	. 208
			(1) Pre-trial Case Management Conference	. 208
			(2) Verfahrenselemente der mündlichen	
			Hauptverhandlung	. 209
		e)	Beweisverfahren	. 209
			aa) Vorlagepflicht	. 210
			bb) Weitere mögliche Beweismittel	
			cc) Zeugen	. 211
			(1) Schriftliche Zeugenaussagen	. 211
			(2) Mündliche Zeugenaussagen	. 212
			dd) Sachverständige	. 212
			ee) Art und Weise der Befragung	

		f)	Öffentlichkeit des Verfahrens	213
		g)	Verhältnis zur ADR	214
		h)	Vollstreckbarkeit der Entscheidungen	215
		i)	Instanzenzug und Mehrparteien-Verfahren	216
		j)	Kosten	216
	3.		nstiges und Ergebnis2	
V.	Brı	issel	s International Business Court	218
	1.	Hin	ntergrund2	219
	2.	Ver	rfahren2	219
		a)	Gerichtsorganisation und Zuständigkeit	
		b)	Richter und Anwälte	220
			aa) Richter2	
			(1) Personalien des BIBC	
			(2) Kritik	
			bb) Anwälte	222
		c)	Verfahrensaufbau	222
			aa) Sprache und Gerichtsort	
			bb) Verfahrensablauf2	
			(1) Schriftliche Vorphase	
			(2) Mündliche Termine	
			(3) Kooperationspflicht	
			(4) Urteil	
		d)	Beweisverfahren	
		e)	Instanzenzug	
		f)	Digitalisierung	
		g)	Kosten	
	3.		nstiges2	
	4.		tik und Startprobleme	
VI.	Ne		ands Commercial Court	
	1.		ntergrund2	
	2.	Koı	nzeption des Netherlands Commercial Court	
		a)	Gerichtsorganisation und Zuständigkeit	
			aa) Gerichtsorganisation	
			bb) Zuständigkeit2	
		b)	Richter und Anwälte	
			aa) Besetzung der Richterbank	
			bb) Anwälte	235
		c)	Verfahren	235
			aa) Sprache2	
			bb) Instanzen2	236
			cc) Verfahrensablauf2	
			(1) Digitale Verfahrensführung	237
			(2) Verfahrenseinleitung	

			((3) Case Management	. 238
			((4) Mündliche Termine	. 239
			((5) Urteil	. 240
			((6) Mehrparteienverfahren	. 240
			dd) I	Beweisverfahren	. 240
			ee) '	Vertraulichkeit	. 241
			ff) I	Kosten	. 242
	3.	Sons	tiges.		. 243
C. L	ie F	Rolle E	Europe	as	. 244
I.	Eu	ropeai	n Con	nmercial Court	. 244
	1.			elder	
	2.	Able	hnenc	de Entscheidung der Kommission	. 248
II.	Fö	rderun	ig der	Europäisierung	. 248
	1.	Vort	eile ei	uropäischer Einflussnahme	. 248
	2.	Euro	päiscl	he Lösungsmöglichkeiten	. 249
		a)	Koord	dination der Entwicklung der business courts	. 249
		b)	Förde	rung der internationalen Vollstreckbarkeit	. 250
		c)	Besch	leunigung des Vorlageverfahrens	. 250
				ereitung der nationalen materiellen Handelsrechte	
		e)	Fortbi	ildungen	. 251
III.	Eu	ropäis	ches 2	Zivilverfahrensrecht	. 251
	1.	Syste	ematil	k der prozessrechtlichen Verordnungen	. 252
	2.	Euro	päiscl	he Verordnungen und ihr Verfahren	. 254
				VO	
		b)	EuBe	wVO	. 257
	3.	Proz	essual	le Mindeststandards	. 258
		a)	Grund	lkonzept	. 259
				der European Rules of Civil Procedure	
		c)	Entwi	cklungsprozess	. 262
		d)	Wicht	tigste Elemente der ERCP	. 263
			aa) S	Sprache	. 263
				Schwerpunkt: Case Management	
			((1) Kooperationspflichten	. 265
			((2) Richter und Anwälte	. 266
			cc) I	Beweisverfahren	. 266
			((1) Vorlagepflicht	. 267
			((2) Zeugen und Sachverständige	
			dd) Ì	Digitalisierung	
				Vertraulichkeit	
				Verhältnis zur Schiedsgerichtsbarkeit und Mediation	
				Kosten	
			00,	chenergebnis	271

IV.		ropean Expedited Civil Procedure (EECP)	
V.	Annex	: Übersicht internationaler Instrumente sowie der hen Regelungen	
		ozessrechtlicher Rahmen	
	2. Int	ernationales Privatrecht und Internationales Einheitsrecht	284
D. Z	wischei	nergebnis	288
I.	Londo	n bietet weiterhin den 'besten' Prozessrahmen	288
	1. Co	ommon law vs. Civil law: Woolf Modell ermöglicht eine iziente Streitbeilegung	
		rernationaler Wettbewerb: London wird nicht aufhören,	200
		wichtiger Rechtsstandort zu existieren	289
II.		l-Gerichte als ,best of both worlds'	
		siness Courts nähern sich Londoner Verfahrensführung an	
		odellgesetze konservieren die best practices	
	de	r Schiedsgerichtsbarkeit	290
III.	Reform	n der nationalen Verfahrensordnungen ist im Sinne der EU	290
<i>A</i> . <i>N</i>	otwend	iger Umfang der Reform	294
A. N I.		nsamkeiten der ausländischen Verfahrensmodelle	
	Gemei		294
	Gemei	nsamkeiten der ausländischen Verfahrensmodelle	294 294
	Gemei 1. Ge 2. Ri	nsamkeiten der ausländischen Verfahrensmodelleerichtsorganisation und Zuständigkeitchter und Anwälte	294 294 295
	Gemei 1. Ge 2. Ri	nsamkeiten der ausländischen Verfahrensmodelleerichtsorganisation und Zuständigkeit	294 294 295 295
	Gemei 1. Ge 2. Ri 3. Ve	nsamkeiten der ausländischen Verfahrensmodelleerichtsorganisation und Zuständigkeit	294 294 295 295 296
	Gemei 1. Ge 2. Ri 3. Ve	nsamkeiten der ausländischen Verfahrensmodelleerichtsorganisation und Zuständigkeit	294 294 295 295 296 296
	Gemei 1. Ge 2. Ri 3. Ve a) b)	nsamkeiten der ausländischen Verfahrensmodelle	294 294 295 295 296 296 297
	Gemei 1. Ge 2. Ri 3. Ve a)	nsamkeiten der ausländischen Verfahrensmodelle	294 294 295 295 296 296 297 298
	Gemei 1. Ge 2. Ri 3. Ve a) b) c) d) e)	nsamkeiten der ausländischen Verfahrensmodelle	294 294 295 295 296 296 297 298 298
	Gemei 1. Ge 2. Ri 3. Ve a) b) c) d) e) 4. Be	nsamkeiten der ausländischen Verfahrensmodelle	294 294 295 295 296 296 297 298 298 299
	Gemei 1. Ge 2. Ri 3. Ve a) b) c) d) e) 4. Be a)	nsamkeiten der ausländischen Verfahrensmodelle	294 294 295 295 296 296 297 298 298 299
	Gemei 1. Ge 2. Ri 3. Ve a) b) c) d) e) 4. Be a) b)	nsamkeiten der ausländischen Verfahrensmodelle	294 295 295 296 296 297 298 298 299 299
	Gemei 1. Ge 2. Ri 3. Ve a) b) c) d) e) 4. Be a) b) c)	nsamkeiten der ausländischen Verfahrensmodelle	294 294 295 295 296 296 297 298 298 299 299 300
	Gemei 1. Ge 2. Ri 3. Ve a) b) c) d) e) 4. Be a) b) c) d)	nsamkeiten der ausländischen Verfahrensmodelle	294 294 295 295 296 296 297 298 298 299 300 300
	Gemei 1. Ge 2. Ri 3. Ve a) b) c) d) e) 4. Be a) b) c) d)	nsamkeiten der ausländischen Verfahrensmodelle	294 294 295 295 296 296 297 298 298 299 299 300 300 300
	Gemei 1. Gee 2. Ri 3. Vee a) b) c) d) e) 4. Bee a) b) c) d) e) 5. Vee	nsamkeiten der ausländischen Verfahrensmodelle	294 294 295 295 296 296 297 298 299 299 300 300 301

III.	Not	twen	digke	it eines internationalen Maßstabs	. 303
	1.			wischen Prozessrecht und materiellem Recht	
	2.			heiten des Unternehmensverkehrs	
	3.			sierung des Zivilprozesses	
	4.			nergebnis	
<i>B</i> . <i>G</i>	renz	en d	er Rej	form	. 306
I.	Kui	lture	lle Ide	entität als Markenbildung	. 306
II.				lemente einer deutschen staatlichen Gerichtsbarkeit	
	1.			Funktionen des deutschen Zivilprozesses	
	2.			der deutschen staatlichen Gerichtsbarkeit	
	_,	a)		ralität	
		b)		essionalität des Personals	
		c)		iv wahrgenommene Verfahrenselemente	
	3.	,		ngsrechtliche Garantien	
		a)		ntlichkeitsgrundsatz	
		b)		gesetzliche und unabhängige Richter	
		c)		Anspruch auf rechtliches Gehör	
		d)		es und wirkungsvolles Verfahren	
	4.	/		aximen	
		a)		ositionsmaxime	
		b)		andlungsmaxime	
		c)		zentrationsmaxime	
		d)		dsatz der Mündlichkeit und Unmittelbarkeit	
		e)		nahme im allgemeinen Prozess: Offizial- und	
		-,		isitionsmaxime	. 322
		f)		chenergebnis	
	5.	/		and als Exportweltmeister	
III.	Vei				
	1.			risches System als zwingendes System	
		a)		sche Ausprägungen des adversarial system	
				Prozessuale oder materielle Gerechtigkeit	
				Aktivität des Richters	
				Beweisrechtliche Vorlagepflichten	
		b)		chmelzung der Systeme	
				Gemeinsame Wurzeln	
				Hauptverhandlungsmodell	
				Gerechtigkeitsverständnis	
				Erweiterung der Vorlagepflichten	
				Zwischenergebnis	
	2.	Eng		als Gerichtssprache	
		a)		virkungen des Grundsatzes der Öffentlichkeit	
		,	aa)	Argumente für die Unvereinbarkeit	

		bb) Argumente für die Vereinbarkeit	. 339
	b)		
		aa) Ausnahmen zugunsten der Gleichbehandlung	. 342
		bb) Ausnahme bei Fremdsprachenkenntnissen	. 343
	c)	Auseinanderfallen von Rechtskultur und Sprache	. 344
	d)	Weitere Kritikpunkte	. 347
	e)	Zwischenergebnis	. 347
	3. Ge	richtsorganisation und Beschleunigungsgebot	
	a)	Die Bedeutung des Geschäftsverteilungsplans	. 349
	b)	Flexibilisierung durch Wählbarkeit	
		aa) Wählbarkeit des Richters	
		bb) Wählbarkeit des Spruchkörpers	
	c)		
		rtraulichkeit und Öffentlichkeitsgrundsatz	
	5. Zw	vischenergebnis	. 354
~ I,	atarnati	onalisierung als Lösung	355
J. 11	петин	muisierung dis Losung	. 555
Kar	nitel 5	Inhalt der Internationalisierung	357
xap)1tC1 5.	innait der internationansierung	
4. G	ründe		. 357
[.	Es spre	echen alle darüber	357
I.		en der ungenutzten Chancen seit dem ersten Entwurf im	
		2009	. 358
II.		wind zum London Commercial Court?	
V.		wind zur Schiedsgerichtsbarkeit?	
٧.		rleistung eines effizienten Streitbeilegungsmechanismus für	
•		ne Unternehmen	. 362
VI.		rkannte Rolle der Rechtsprechung	
		g zur internationalen Rechtssicherheit und	
		vereinheitlichung	. 365
VIII		litische und wirtschaftliche Entwicklung	
	-	der Reform	
<i>C. B</i>	egriff de	er Effizienz	. 369
[.	Begriff	der Attraktivität	. 370
[. [].		f der Attraktivität onenten einer effizienten Lösung: Verhältnismäßigkeit	
	Kompo		. 371
I.	Kompo Zugäng	onenten einer effizienten Lösung: Verhältnismäßigkeit	. 371 . 372
II. III. IV.	Kompo Zugäng Zwisch	onenten einer effizienten Lösung: Verhältnismäßigkeit glichkeit	. 371 . 372

-			_		11.1	2=4
I.					alisierung und Diversifizierung	
	1.				ng	
	2.				ing	
	3.				ebnis: Eine Frage des Managements	
II.	Ge				ion	
	1.	Feh	lende	e Not	wendigkeit für eine Sondergerichtsbarkeit	376
	2.	Auf			it und Instanzenzug	
		a)	Pro	OLG		379
		b)	Pro	LG		379
	3.					
III.	Zu	gang	zum	Geri	cht	381
	1.	Fur	ıktior	ielle 2	Zuständigkeit	382
		a)	Ref	orm d	ler §§ 96 ff. GVG	382
			aa)	Ger	ichtsstandsvereinbarung zugunsten der	
				spez	zialisierten Kammer zulassen	382
			bb)		chaffung des Antragserfordernisses	
		b)	Trei	nnung	yon nationalen und internationalen	
			Han	delss	achen	383
			aa)	Beg	riff des "internationalen Bezugs"	384
			bb)		ren aus § 119 Abs. 1 Nr. 1 lit. b und lit. c	
					G a.F	385
			cc)	Vor	züge einer einheitlichen Gerichtsbarkeit	387
				(1)	Keine sinnvolle Abgrenzung zwischen	
				` /	nationalen und internationalen Handelssachen	387
				(2)	Sachlich und fachlich Ähnliches wird von der	
				()	gleichen Kammer behandelt	388
				(3)	Richter können rechtsvergleichend arbeiten und	
				(-)	sich dadurch mehr Expertise aneignen	388
				(4)	Auch nationale Fälle könnten in englischer	
				(-)	Sprache gefasst werden und so als Präzedenzfäll	e
					Eindruck von der Expertise vermitteln	
				(5)	Ungerechtfertigte Inländerdiskriminierung und	
				(5)	Zwei-Klassen-Justiz	389
				(6)	Praktikabilität und Zwischenergebnis	
				(7)	Beispiel LG Hamburg und Zwischenergebnis	
		c)	Reg		er Handelssache	
	2.				ändigkeit und Zuständigkeitskonzentration	
	۷.	a)			Konzentration	
		b)			E Konzentration	
		U)	aa)		ndortverteilung	
			/		hliche Konzentration am Gericht selbst	
			cc)		schenergebnis	
W	Dia	. Par			r Richterbank	
Ι۷.	שוע	Des	SCIZUI	ig ue	i Kichwidalik	391

	1.	Kamme	r oder Einzelrichter	398
		a) Au	frechterhaltung des deutschen Systems	398
		aa)	Argumente	398
		bb)	Matching der Laienrichter	400
			(1) Vorteile	400
			(2) Nachteile	401
		cc)	Zwischenergebnis	402
		b) Voi	rteile der kollektiven Entscheidungsfindung	403
		c) Fle	xible Regelung	404
	2.	Speziali	isierung der Richter	404
			derung der Expertise der Berufsrichter	
		aa)	Sprachliche Expertise	405
		bb)	Fachliche Expertise	
		b) Die	Rolle des Richters	407
		aa)	Erfahrenheit der Richter	407
		bb)	Kommunikation mit der Anwaltschaft	408
		c) Adı	ministrativer Apparat	409
	3.	Kontinu	ıität	409
	4.	Zwische	energebnis	409
V .	Mo		nwaltswelt	
	1.	Stärkere	e Einbeziehung der Anwälte	410
	2.	Zulassu	ng ausländischer Anwälte	411
۷I.	Ve	rfahrensa	nufbau	412
	1.	Grundk	onzeption – Ein kooperatives Verfahren	413
		a) Vei	rfahrensfortgang – Aktives Case Management	413
		aa)	Betonung der Vorbereitungsphase	414
			(1) Vorbereitung der Parteien	415
			(2) Vorbereitung der Richter	416
			(3) Case Management Conference	417
		bb)	Bedeutung des mündlichen Haupttermins –	
			Kontinuität	420
		b) Urt	eil	421
	2.	Allgeme	eine Regelungen	422
		a) Vei	rfahrenssprache	422
		aa)	Umfang der Umstellung	422
		bb)		
		b) Vei	rschriftlichung und Formvorschriften	
			heimhaltung und Vertraulichkeit	
		aa)		
		bb)		
		cc)		
		d) Dig	gitalisierung	
		aa)		

			bb)	E-A	kte		430
		e)	Kos	tensti	uktui	•	431
	3.	Bes	sonde	re Ve	rfahr	ensregelungen	432
		a)	Bew	eisve	erfahr	en	432
			aa)	Sch	winde	ende Bedeutung der Beweisaufnahme	433
			bb)	Kol	lision	srechtlicher Hintergrund	434
			cc)	Lüc	ken d	es deutschen Beweisrechts	436
			dd)	Lösi	ungsv	orschläge	437
				(1)	Umi	fassende Sachverhaltsaufklärung	437
					(a)	Englischsprachiges Beweismaterial	438
					(b)	Verlagerung der Beweisaufnahme	439
					(c)	Vorlagepflicht	440
					(d)	Privatgutachten vs.	
						Sachverständigenbeweis	444
					(e)	Beweisaufnahme und Digitalisierung	448
				(2)	Part	eien- und Zeugenbefragung	
					(a)	Befragungsbeauftragter und -umfang	
					(b)	Flexibilität der Beweisaufnahme	450
						nergebnis	
		b)	Verl			anderen Streitbeilegungsmethoden	
			aa)			s zur ADR	
						on mit der Schiedsgerichtsbarkeit	
VII.	ZP					rfahren?	
	1.	Sch				onderprozessrechts	
		a)				er Verfahrensführung	
		b)				gte Rechtszersplitterung	
						ssen-Justiz?	
						zierung als inhärente Folge der ZPO	
		c)				riterium	
	2.					notwendigen Änderungen	
VIII	.We		_				
	1.			_		en	
	2.						
	3.					en Anwälten	
IX.	Sor	_					
	1.			_			
	2.	Aus	sbildu	ıng			468

Kaj	pitel 6: Ergebnis	469
A. N	Aanagement als Schlüssel zum Erfolg	469
I.	Aufgabe der Legislative	
II.	Möglichkeiten der Judikative	
	1. Effizientere Nutzung der Geschäftsverteilungspläne	471
	2. Justiz als Rechtsdienstleistung	472
	3. Management zur Komplexitätsbewältigung	472
III.	Aufgabe der Anwälte	473
<i>B</i> . <i>E</i>	Einheit statt Wettbewerb	473
Anl	hang: Entwurf eines ,German Commercial Court Guide'	475
A. C	Gerichtsorganisation	475
I.	Zuständigkeit	475
II.	Einbeziehung der Laienrichter	
B. V	rerfahrensablauf	479
I.	Allgemeine Vorschriften	470
1.	1. Hauptverhandlungsmodell	419 470
	2. Klageerhebung	
	3. Case Management	
	a) Case Management Conference	
	b) Vorbereitung des Haupttermins	
	c) Kooperationspflicht der Parteien	
	4. Mündlicher Haupttermin	
	5. Protokollierung	
	6. Digitalisierung	
II.	Beweisaufnahme	
III.	Sachverständige	
IV.	Verhältnis zur ADR und zur Schiedsgerichtsbarkeit	511
Lite	raturverzeichnis	515
Mat	erialien	547
	Vehseiten der International Business Courts	
A. V	venseuen aer miernauonai Dusiness Couris	.)4/

XXVIII

Inhaltsverzeichnis

<i>B</i> . <i>M</i>	laterialien und Auskünfte der Justizstandorte	548
I.	Deutschland	548
II.	Vereinigtes Königreich	548
III.	Singapur	550
IV.	Niederlande	552
V.	Belgien	552
VI.	Dubai	552
VII.	Europa	553
C. N	Modellgesetze	554
Sach	nregister	557

Abkürzungsverzeichnis

A.C. Appeal Cases
a.E. am Ende
a.F. alte Fassung
a.M. am Main
ABI. Amtsblatt
Abs. Absatz

AcP Archiv für die civilistische Praxis ADR Alternative Dispute Resolution

AdWirkG Gesetz über Wirkungen der Annahme als Kind nach ausländi-

schem Recht - Adoptionswirkungsgesetz

AEUV Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union

AGGVG Gesetz zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und

von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit vom

16. Dezember 1975 (Baden-Württemberg)

AIFC Astana International Financial Centre
AJEE Access to Justice in Eastern Europe

AL Ad Legendum

ALI American Law Institute

AmCham American Chamber of Commerce in Germany e.V.

AnwBl Anwaltsblatt

AnwBl Online Anwaltsblatt Online

Art./Artt. Artikel

ASEAN Verband Südostasiatischer Nationen

Aufl. Auflage

B.U. Int'l L. J. Boston University International Law Journal

B.V. besloten vennootschap met beperkte aansprakelijkheid (Kapital-

gesellschaft mit beschränkter Haftung)

BAnz. Bundesanzeiger
BB Betriebs-Berater

beA besonderes elektronisches Anwaltspostfach

Begr. Begründer(-in) ber. berichtigt Beschl. Beschluss

BGB Bürgerliches Gesetzbuch
BGBl. Bundesgesetzblatt
BGH Bundesgerichtshof

BGHSt Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen BGHZ Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen

BIBC Brussels International Business Court

BLM Business Law Magazine

BlPMZ Blatt für Patent-, Muster- und Zeichenwesen

BRAK Bundesrechtsanwaltskammer BRAO Bundesrechtsanwaltsordnung

Brüssel Ia-VO Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des europäischen Parlaments

und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Ent-

scheidungen in Zivil- und Handelssachen

Brüssel I-VO Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember

2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssa-

chen

BT-Drucks. Deutscher Bundestag – Drucksachen

BVerfG Bundesverfassungsgericht

BVerfGE Entscheidungen der amtlichen Sammlung des Bundesverfas-

sungsgerichts

BVerfGG Bundesverfassungsgerichtsgesetz

bzw. beziehungsweise
C.J.Q. Civil Justice Quarterly
C.L.J. Cambridge Law Journal
C.P.L.R. Civil Practice Law Reports

Chinese (Taiwan) Yearbook of International Law and Affairs

Y.B. Int'l L. & Aff.

CMR Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationa-

len Straßengüterverkehr vom 19. Mai 1956

Co. Company

Cornell Int'l L.J. Cornell International Law Journal

Cornell L. Rev. Cornell Law Review

Corp. Corporation

COVID-19 Corona Virus Disease 2019
COVuR COVID-19 und Recht
CPO Civilprozessordnung
CPR Civil Procedure Rules

Ct. Uncourt Court Uncourt

DAC Designated Activity Company limited by Shares

DAX Deutscher Aktienindex

ders. derselbe dies. dieselbe(n)

DIFC Dubai International Financial Centre

DIS Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit

DM Deutsche Mark

DRiZ Deutsche Richterzeitung

Duke J. Comp. & Duke Journal of Comparative & International Law

Int'l L.

e.V. eingetragener Verein

EBLR European Business Law Review ECLI European Case Law Identifier

EGBGB Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche EGMR Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte Einl. Einleitung

ELI European Law Institute ELR Erasmus Law Review

EMöGG Gesetz zur Erweiterung der Medienöffentlichkeit in Gerichtsver-

fahren und zur Verbesserung der Kommunikationshilfen für Menschen mit Sprach- und Hörbehinderung vom 8. Oktober

2017

EMRK Europäische Menschenrechtskonvention EPG Europäisches Einheitliches Patentgericht

EPGÜ Übereinkommen über ein Einheitliches Patentgericht vom

20. Juni 2013

ERCL European Review of Contract Law ERCP European Rules of Civil Procedure

Erwgr. Erwägungsgrund

ErwSÜ Übereinkommen vom 13. Januar 2000 über den internationalen

Schutz von Erwachsenen

ErwSÜAG Erwachsenenschutzübereinkommens-Ausführungsgesetz vom

17. März 2007

et al. et alii/et aliae/et alia EU Europäische Union

EuBewVO Verordnung (EU) Nr. 2020/1783 des Europäischen Parlaments

und des Rates vom 25. November 2020 über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen (Beweisauf-

nahme) (Neufassung)

EuGFVO Verordnung (EG) Nr. 861/2007 des Europäischen Parlaments

und des Rates vom 11. Juli 2007 zur Einführung eines europäi-

schen Verfahrens für geringfügige Forderungen

EuGH Europäischer Gerichtshof

EuKtPfVO Verordnung (EU) Nr. 655/2014 des Europäischen Parlaments

und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Einführung eines Verfahrens für einen Europäischen Beschluss zur vorläufigen Kontenpfändung im Hinblick auf die Erleichterung der grenzüberschreitenden Eintreibung von Forderungen in Zivil- und Handelssa-

chen

EuMVVO Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 des Europäischen Parlaments

und des Rates vom 12. Dezember 2006 zur Einführung eines Eu-

ropäischen Mahnverfahrens

EuR Europarecht

Eur. Rev. Priv. Law European Review of Private Law

EuRAG Gesetz über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in

Deutschland

EUV Vertrag über die Europäische Union

EuVTVO Verordnung (EG) Nr. 805/2004 des Europäischen Parlaments

und des Rates vom 21. April 2004 zur Einführung eines europä-

ischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen

EuZVR Europäisches Zivilverfahrensrecht

EuZW Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

EVÜ Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse

anzuwendende Recht vom 19. Juni 1980

EWCA Civ England and Wales court of Appeal (Civil Division)

EWG Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWS Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht

f. folgende(-r/-s)

F.C.R. Family Court Reports

FamFG Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Ange-

legenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

ff. fortfolgende(-r/-s)
FGO Finanzgerichtsordnung

Fn. Fußnote

GBl. BW Gesetzblatt für Baden-Württemberg

GBP Pfund Sterling

GebrMG Gebrauchsmustergesetz

gem. gemäß

GesR Gesellschaftsrecht
GG Grundgesetz
GmbHR GmbH-Rundschau

GPR Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union

Grdz. Grundzüge

GRUR Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht

GV. NRW. Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfa-

len

GVBl. Gesetz- und Verordnungsblatt GVG Gerichtsverfassungsgesetz

GVRZ Zeitschrift für das gesamte Verfahrensrecht GWB Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen

Harv. L. Rev. Harvard Law Review

HBÜ Übereinkommen über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil-

oder Handelssachen vom 18. März 1970

HGB Handelsgesetzbuch

HGÜ Haager Übereinkommen vom 30. Juni 2005 über Gerichts-

standsvereinbarungen

HK Handkommentar

HKIAC Hong Kong International Arbitration Centre

HKLJ Hong Kong Law Journal

HKÜ Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte inter-

nationaler Kinderentführung vom 25. Oktober 1980

Hrsg. Herausgeber(-in)

Hs. Halbsatz

Hungarian J. Leg. Hungarian Journal of Legal Studies

Stud.

HWB EuP Handwörterbuch des Europäischen Privatrechts

IBA International Bar Association

I.C.C.L.R. International Company and Commercial Law

i.E. im Ergebnis i.S.d. im Sinne des/der i.S.v. im Sinne von i.V.m. in Verbindung mit

IBA International Bar Association

ibid. ibidem

ICC International Chamber of Commerce

ICLQ International and Comparative Law Quarterly
IJPL International Journal of Procedural Law
Int'l Fin. L. Rev. International Financial Law Review

Int. international

IPR Internationales Privatrecht

IPRax Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts

IWRZ Zeitschrift für Internationales Wirtschaftsrecht

IZPR Internationales Zivilprozessrecht
IZVR Internationales Zivilverfahrensrecht
J. E. Asia & Int'l L. Journal of East Asia and International Law

J. Int. Arbitr.
Journal of International Arbitration
J. Pol. & L.
Journal of Politics and Law
J. Priv. Int. Law
Journal of private international law

JMBl. Justizministerialblatt

JuMiKo Justizministerialblatt

JuMiKo Justizministerkonferenz

JuS Juristische Schulung

JZ Juristenzeitung

Kap. Kapitel

KapMuG Gesetz über Musterverfahren in kapitalmarktrechtlichen Strei-

tigkeiten vom 19. Oktober 2012

KfiH Kammern für internationale Handelssachen

KG Kommanditgesellschaft

KMU kleine und mittelständische Unternehmen

Know-howRichtlinie (EU) Nr. 2016/943 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz vertraulichen Know-hows und vertraulicher Geschäftsinformationen (Ge-

Know-hows und vertraulicher Geschäftsinformationen (Geschäftsgeheimnisse) vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechts-

widriger Nutzung und Offenlegung

KritV Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswis-

senschaft

KSÜ Haager Übereinkommen über den Schutz von Kindern vom

19. Oktober 1996

LA Liber Amicorum

LCC London Commercial Court

LG Landgericht lit. litera(-ae)

Loy. L. Rev. Loyola Law Review

Loy. U. Chi. Int'l Loyola University Chicago International Law Review

L. Rev.

Ltd. Limited

LugÜ Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die An-

erkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und

Handelssachen vom 30. Oktober 2007

LwVG Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssa-

chen vom 21. Juli 1953

M&A Mergers and Acquisitions m.w.N. mit weiteren Nachweisen

MDR Monatsschrift für deutsches Recht

MHR Mitteilungen des Hamburgischen Richtervereins

MJIL Melbourne Journal of International Law

MPI Max-Planck-Institut

MPILux Research Max Planck Institute Luxembourg for Procedural Law Research

Paper Series Paper Series n.F. Paper Series

NCC Netherlands Commercial Court

NCCR Rules of Procedure for the International Commercial Chambers

of the Amsterdam District Court (NCC District Court) and the

Amsterdam Court of Appeal (NCC Court of Appeal)

NJ Neue Justiz

NJOZ Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW Neue Juristische Wochenschrift
NJW-Beil. Neue Juristische Wochenschrift Beilage

No. number Nr. Nummer

NRW Nordrhein-Westfalen

Nw. J. Int'l L. & Northwestern Journal of International Law & Business

Bus.

NYC New York Convention

NZV Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht OHG Offene Handelsgesellschaft

OLG Oberlandesgericht(-e)

PatG Patentgesetz
PatR Patentrecht
PD Practice Direction

PTCP Principles of Transnational Civil Procedure

Pte. Ltd. (exempt) private company limited by shares (Singapur)

Q.B. Queen's Bench

Q.B.D. Queen's Bench Division

Rabels Z Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privat-

recht

RdF Recht der Finanzinstrumente RdTW Recht der Transportwirtschaft

RG Reichsgericht RGBl. Reichsgesetzblatt

RGZ Entscheidungssammlung der Entscheidungen des Reichsge-

richts in Zivilsachen

RIW Recht der internationalen Wirtschaft

RL Richtlinie Rn. Randnummer

Rom II-VO Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des europäischen Parlaments

und des Rates vom 11. Juli 2007 über das auf außervertragliche

Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom II)

Rom I-VO Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des europäischen Parlaments

und des Rates vom 17. Juni 2008 über das auf vertragliche

Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I)

S. Seite

S. Cal. L. Rev. Southern California Law Review S.A. Sociedad anónima (Aktiengesellschaft)

s.o. siehe oben

SAcLJ Singapore Academy of Law Journal SchiedsVZ Zeitschrift für Schiedsverfahren

SCJA Supreme Court of Judicature Act (Singapur)

SGCA Singapore Court of Appeal SGHCR Singapore High Court SI Statutory Instruments

SIAC Singapore International Arbitration Centre SICC Singapore International Commercial Court

Slg. Sammlung sog. sogenannte(-r/-s) StPO Strafprozessordnung

subsec. subsection

Tex. Int'l L. J. Texas International Law Journal
Tul. Eur. & Civ. L.F. Tulane European & Civil Law Forum
U. Chi. L. Rev. University of Chicago Law Review

U.S. United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)

UAbs. Unterabsatz

UN United Nations (Vereinte Nationen)

UNCITRAL United Nations Commission on International Trade Law Unidroit International Institute for the Unificiation of Private Law

Unif. L. Rev. Uniform Law Review

UN-Kaufrecht Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den

internationalen Warenkauf vom 11. April 1980

Urt. Urteil

USD United States Dollar

UWG Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb

v versus
v. vom/von
v.a. vor allem
vgl. vergleiche
Vict. Victoria
VO Verordnung
Vorb. Vorbemerkung

vs. versus

W.L.R. Weekly Law Reports

WLAN Wireless Local Area Network
WM Wertpapier-Mitteilungen
WpHG Wertpapierhandelsgesetz

YbPIL Yearbook of Private International Law
ZAP Zeitschrift für die Anwaltspraxis
ZD Zeitschrift für Datenschutz

ZEuP Zeitschrift für Europäisches Privatrecht

ZfBR Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergabe-

recht

ZfPW Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft

ZfRS Zeitschrift für Rechtssoziologie

ZGS Zeitschrift für Vertragsgestaltung, Schuld- und Haftungsrecht ZHR Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht

ZIP Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

zit. zitiert

ZKM Zeitschrift für Konfliktmanagement

ZPO Zivilprozessordnung

ZRHO Rechtshilfeordnung für Zivilsachen vom 19. Oktober 1956

ZRP Zeitschrift für Rechtspolitik ZVertriebsR Zeitschrift für Vertriebsrecht

ZVglRWiss Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft

ZZP Zeitschrift für Zivilprozess

ZZPInt Zeitschrift für Zivilprozess International

Kapitel 1

Einführung

Der Zivilgerichtsbarkeit kommt schon lange nicht mehr nur die Rolle des zuständigen Spruchkörpers für die Feststellung und Durchsetzung der Rechte Privater zu. Zivilgerichte sind vielmehr bedeutende Akteure der modernen Wirtschaft.¹ Wie die Europäische Kommission im Rahmen des EU-Justizbarometers hervorhebt, sind leistungsfähige Justizsysteme zentral für das Wirtschaftswachstum, da sie Investitionen begünstigen, gegenseitiges Vertrauen stärken und regulatorische Berechenbarkeit bieten.² Eine Verfahrensordnung bildet heutzutage nicht mehr nur einen Rahmen für die Fortentwicklung des Rechts, sondern wird selbst zu einer wirtschaftlichen Institution, die den internationalen Wirtschaftsverkehr steuert und prägt.³ Die Zivilprozessordnung (ZPO), als unser verfahrensrechtlicher Rahmen für Zivilgerichte, funktioniert jedoch am besten bei überschaubaren Streitigkeiten.⁴

Die Suche nach einer Gerichtsbarkeit für wirtschaftsrechtliche Streitigkeiten in Deutschland stellt sich dabei für den Rechtssuchenden⁵ als nicht einfach dar. Die ehemals eigenständige Handelsgerichtsbarkeit, die den Rechtsstreitigkeiten des Handelsstands gewidmet war, besteht seit der Schaffung des Ge-

¹ *Podszun*, Wirtschaftsordnung durch Zivilgerichte, 2014, S. 133. Zur wirtschaftlichen Bedeutung auch *Dammann/Hansmann*, (2008) 94 Cornell L. Rev. 1; *Garimella/Ashraful*, in: X. Kramer/Sorabji, International Business Courts, 2019, S. 185; *Klose*, Justiz als Wirtschaftsfaktor, 2020, S. 15 ff.; *Schneider*, IWRZ 2018, 195.

² Europäische Kommission, EU-Justizbarometer 2020, S. 3–4, abrufbar unter https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/justice_scoreboard_2020_en.pdf (zuletzt abgerufen: 01.09.2021); zur weit darüberhinausgehenden Rolle der Gerichtsbarkeiten *Kern*, GPR 2016, 109, 111. Zur wirtschaftlichen Bedeutung siehe auch *Garimella/Ashraful*, in: X. Kramer/Sorabji, International Business Courts, 2019, S. 185; *M. Weller*, in: Althammer/M. Weller, Europäische Mindeststandards, 2017, S. 3, 8.

³ So insbesondere *Podszun*, Wirtschaftsordnung durch Zivilgerichte, 2014, S. 133 sowie *Schneider*, IWRZ 2018, 195. Zur wirtschaftlichen Komponente auch *Garimella/Ashraful*, in: X. Kramer/Sorabji, International Business Courts, 2019, S. 185; *Themeli*, in: X. Kramer/Sorabji, International Business Courts, 2019, S. 273, 285.

⁴ Issacharoff, in: Gottwald, Litigation in England and Germany, 2010, S. 39, 47; Schneider, IWRZ 2018, 195, 198.

⁵ In der Arbeit wurde aus Gründen besserer Lesbarkeit das generische Maskulinum verwendet. Es wird an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

richtsverfassungsgesetzes (GVG) am Ende des 19. Jahrhunderts "nur" als Kammer für Handelssachen fort und ist in das Netz der ordentlichen Gerichtsbarkeit an den Landgerichten eingegliedert.⁶ Schon lange wird in unterschiedlichen Formen und Maßen über die Reformierung der Kammern für Handelssachen diskutiert, nicht zuletzt durch den Gesetzesentwurf BT-Drucksache 19/1717, der ein internationales Pendant – die Kammer für internationale Handelssachen – in das deutsche Gerichtssystem einführen soll. Mit dieser soll eine konkurrenzfähige deutsche Anwärterin in den momentan stattfindenden Wettkampf der Justizstandorte entsandt werden.⁷

A. Wettbewerb der Justizstandorte

Mit der Globalisierung wurde durch den Austausch von Gütern zugleich ein weltweiter Markt für Justizdienstleistungen geschaffen.⁸ Heutzutage ist unbestritten, dass das deutsche Rechtssystem im Wettbewerb mit anderen in- und ausländischen Konfliktlösungsmechanismen steht.⁹ Gerichte und Rechtsanwälte gelten als Dienstleister, die sich im Markt der Justizdienstleistungen behaupten müssen.¹⁰ Der Wettbewerbsdruck ist dabei in den vergangenen Jahren extrem gestiegen, da Globalisierung, Europäisierung und Digitalisierung das Angebot von Justizdienstleistungen erheblich vergrößert haben.¹¹ Heutzutage

⁶ BeckOK-GVG/Pernice, 7. Edition, 01.05.2020, Vorb. § 93, Rn. 1; Hahn, Materialien zum GVG, 1879, S. 934; HK-ZPO/Rathmann, § 94 GVG, Rn. 1; Kissel/Mayer GVG, § 93, Rn. 2; Kunzler, in: Brunner/Monferrini, Zukunft der Handelsgerichte, 2019, S. 77, 79; MüKo-ZPO/Zimmermann, § 93 GVG, Rn. 1; Wieczorek/Schütze/Schreiber, § 93 GVG, Rn. 1; Windel, AnwBl Online 2019, 105, 106; Zöller/Lückemann, Vorb. § 93 GVG, Rn. 1a.
⁷ Siehe Begründung zu BT-Drucks. 19/1717, S. 2.

⁸ G.-P. Calliess/Hoffmann, AnwBl 2009, 52; Kern/Dalitz, ZZPInt 21 (2016), 119; Kötz, AnwBl 2010, 1; Lobach, IWRZ 2017, 256; Requejo Isidro, (2019) 9 IJPL 4, 34; Salger, AnwBl 2012, 40; Themeli, in: X. Kramer/Sorabji, International Business Courts, 2019, S. 273; Vogenauer, in: Eidenmüller, Regulatory Competition, 2013, S. 227, 228; grundlegend G. Wagner, Rechtsstandort Deutschland im Wettbewerb, 2017, S. 23 ff.; Wenicke, NJW 2017, 3038.

⁹ Brand, NJW 2017, 3558; Klose, Justiz als Wirtschaftsfaktor, 2020, S. 173; X. Kramer/Sorabji, ELR 2019, 1, 4; Podszun/Rohner, BB 2018, 450; Poseck, NJW 2018, 1072; Rösler, ZVglRWiss 115 (2016), 533, 555; G. Wagner, Rechtsstandort Deutschland im Wettbewerb, 2017, S. 183; Wernicke, NJW 2017, 3038.

¹⁰ Engel, NJW 2015, 1633; Lehmann, in: X. Kramer/Sorabji, International Business Courts, 2019, S. 83, 104; Paulus, AnwBl Online 2019, 444, 445; M. Stürner, JZ 2019, 1122, 1123; A. Wolf, RIW 2019, 258, 259.

¹¹ Balke, AnwBl Online 2019, 394; G.-P. Calliess, NJW-Beil. 2014, 27, 28; ausführlich ders, Gutachten: Der Richter im Zivilprozess, 2014, A 26 ff.; A 39. Siehe auch *Uzelac/van Rhee*, in: Uzelac/van Rhee, Transformation of Civil Justice, 2018, S. 3, 8–18.

ist somit für den international ausgerichteten Rechtssuchenden nicht mehr nur der eigene nationale Justizstandort von Bedeutung.

Ein Wettbewerb zwischen den Justizstandorten ist insbesondere im Bereich des internationalen Wirtschaftsrechts entstanden. ¹² Aufgrund der überragenden Bedeutung der Parteiautonomie im Wirtschaftsverkehr haben Vertragsparteien seit jeher die Möglichkeit, zwischen konkurrierenden Rechtsordnungen und Gerichtsständen zu wählen und sich für die günstigste Lösung zu entscheiden. ¹³ Hier kommt es somit zu einem sogenannten *forum shopping*, bei dem das attraktivste Gericht den Vorzug erhält. ¹⁴ Aufseiten der Nachfrage – beim Rechtssuchenden – sind zudem eine Veränderung des Rechtsschutzbedürfnisses sowie erhöhte Erwartungen an die Anbieter von Justizdienstleistungen zu beobachten. ¹⁵ Die Globalisierung und die damit einhergehende Internationalisierung der Rechtsstreitigkeiten haben zu deren erheblicher Verkomplizierung geführt. Zu oft stellen aber gerade diese internationalen Komponenten eines Rechtsstreits die deutsche Gerichtsbarkeit vor große Herausforderungen. ¹⁶

I. Internationaler Wetthewerh

Heutzutage konkurrieren durch die voranschreitende internationale Rechtskooperation und -vereinheitlichung vor allem internationale Justizstandorte miteinander. Der internationale Wettbewerb zeigt sich in unterschiedlichen geographischen Bereichen bzw. zwischen verschiedenen Rechtstraditionen.

1. Der europäische Wettbewerb

Dass ein Wettbewerb zwischen europäischen Gerichtsstandorten herrscht, kann auf den ersten Blick verwundern. Gerade die Europäische Union versucht durch ihr umfassendes Einheitsrecht im Bereich der Zivil- und Handelssachen gleiche Standards hervorzubringen und zu konservieren. Allerdings ist gegenwärtig anstelle von Harmonisierung und Konvergenz zwischen den europäischen und nationalen Rechtsordnungen ein zunehmender Vertrauensverlust hinsichtlich der Funktion der Rechtsordnungen, einen geregelten Rahmen für

¹² G. Wagner, Rechtsstandort Deutschland im Wettbewerb, 2017, S. 14–15; Wernicke, NJW 2017, 3038.

¹³ Kötz, AnwBl 2010, 1; G. Wagner, Rechtsstandort Deutschland im Wettbewerb, 2017, S. 14

¹⁴ Zum Begriff des "forum shopping" im Vergleich zum neuen Phänomen des "forum selling" *Bechtold/Frankenreiter/Klerman*, (2019) 92 S. Cal. L. Rev. 487, 489; zur Praxis *Balke*, AnwBl Online 2019, 394.

¹⁵ G.-P. Calliess, NJW-Beil. 2014, 27, 28; ökonomische Analyse der Nachfrage bei G. Wagner, Rechtsstandort Deutschland im Wettbewerb, 2017, S. 29–35. Siehe hierzu auch Kapitel 2, unter B., S. 77.

¹⁶ Hierzu auch von Hein, ZZP 116 (2003), 335, 337 f.; Rösler, ZVglRWiss 115 (2016), 533, 543.

privates und unternehmerisches Handeln zu bieten, zu beobachten.¹⁷ Dies schlägt sich in stetig fallenden Eingangszahlen bei den Gerichten nieder.¹⁸

Verschärft wurde diese bereits angespannte Situation durch den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union. Die Literatur ist sich einig, dass dieser *Brexit* den Beginn eines europaweiten Wettkampfs um die Ablösung des in der Praxis beliebten Justizstandortes London darstellte.¹⁹ Die englische Rechtstradition spielt im internationalen Wirtschaftsrecht und bei der Beilegung von komplexen internationalen Rechtsstreitigkeiten seit langem eine zentrale und dominierende Rolle. Für die englische Rechtstradition stand es nie außer Frage, das eigene Rechtssystem im Ausland zu bewerben. Mit einem Werbeprospekt über die Vorzüge des englischen Rechts wird schon seit einiger Zeit versucht, internationale Verfahren nach London zu ziehen.²⁰ Dies gelingt London in außergewöhnlichem Maße: Bei 75 Prozent der Rechtsstreitigkeiten in London ist eine ausländische Partei beteiligt.²¹

Der Wettbewerb der europäischen Rechtsstandorte ist jedoch nicht erst mit dem *Brexit*-Referendum geboren worden.²² Bereits dem Unionsgesetzgeber sind die unterschiedlichen Qualitäten der Rechtspflege in den Mitgliedstaaten nicht verborgen geblieben.²³ Art. 25 Brüssel Ia-VO²⁴ begünstigt mit der freien

¹⁷ Wernicke, NJW 2017, 3038. Dies führt oftmals zur Wahl eines Schiedsgerichts, so Andrews, On Civil Processes, Rn. 30.12.

¹⁸ Insbesondere in Deutschland, hierzu *Podszun/Rohner*, NJW 2019, 131; auch in den Niederlanden, hierzu *Lobach*, IWRZ 2017, 256; *Weidinger*, IWRZ 2019, 188.

¹⁹ Bauw, ELR 2019, 15; Biard, ELR 2019, 24, 25; F. Henke, RIW 2019, 273; X. Kramer/Sorabji, ELR 2019, 1, 2; Kruisinga, IPRax 2019, 277; Peetermans/Lambrecht, ELR 2019, 42, 44; Pfeiffer, DRiZ 2021, 46; ders., IWRZ 2020, 51, 52; Podszun/Rohner, BB 2018, 450; M. Stürner, JZ 2019, 1122; Walker, (2019) 85 Arbitration 2, 9.

²⁰ Siehe hierzu die aktuelle Broschüre "England and Wales: A world jurisdiction of choice" der Law Society of England and Wales, 2019, abrufbar unter www.lawsociety.org.uk/policy-campaigns/campaigns/global-legal-centre/ (zuletzt abgerufen: 01.09.2021). Zur Vermarktung des englischen Rechts *Bauw*, ELR 2019, 15, 21; *G.-P. Calliess/Hoffmann*, AnwBl 2009, 52; *Graf von Westphalen*, ZGS 2010, 241; *Salger*, AnwBl 2012, 40.

²¹ Bericht von TheCityUK, Legal excellence, internationally renowned, 2019, S. 6, abrufbar unter www.thecityuk.com/assets/2019/Report-PDFs/294e2be784/Legal-excellence-internationally-renowned-UK-legal-services-2019.pdf (zuletzt abgerufen: 01.09.2021); *Brunner*, in: Brunner, Handelsgerichte im Rechtsvergleich, 2012, S. 129, 132; *Cranston*, (2007) 26 C.J.Q. 190, 191; *Grupp*, EuZW 2017, 974, 979; *X. Kramer/Sorabji*, ELR 2019, 1, 6; *Pika*, IWRZ 2016, 206, 207.

²² X. Kramer, von Hein/Kieninger/Rühl, How European Is European PIL, 2019, S. 215, 231.

²³ Rösler, ZVglRWiss 115 (2016), 533, 539; Wernicke, NJW 2017, 3038, 3039.

²⁴ Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABI. L 351, S. 1–32, ber. 2016 L 264, S. 43.

Wahlmöglichkeit der mitgliedstaatlichen Justizstandorte gerade einen Wettbewerb dieser. Art. 25 Brüssel Ia-VO erlaubt die Wahl eines mitgliedstaatlichen Gerichts, selbst wenn keine Berührungspunkte des Rechtsstreits zum Mitgliedstaat des gewählten Gerichtsstandorts bestehen. Der Wettbewerb wird zudem durch die vereinfachte Anerkennung und Vollstreckbarkeit der Entscheidungen ohne Exequaturverfahren im europäischen Raum unterstützt. Mit dem Brexit und dem damit einhergehenden Wegfall des europäischen Anerkennungs- und Vollstreckungsrahmens für die britischen Gerichtsstandorte versuchen nun andere europäische Länder, wie die Niederlande oder Frankreich, dem Vereinigten Königreich den Platz an der Spitze der Handelsgerichtsbarkeiten streitig zu machen. Während in Belgien und in Deutschland lange die Verfassungsmäßigkeit einer Modernisierung der eigenen Handelsgerichtsbarkeiten thematisiert wurde, haben andere Länder äußerst schnell ihren business court präsentiert.

Blickt man auf die bereits errichteten sowie zumindest konkret geplanten business courts der europäischen Nachbarn Deutschlands, so wird man feststellen, dass – rein zeitlich gesehen – Deutschland mit dem in drei Legislaturperioden vorgelegten Entwurf für die "Kammern für internationale Handelssachen"³⁰ den Anschluss im europäischen Wettbewerb verpasst hat. ³¹ Auf dem

²⁵ G.-P. Calliess/Hoffmann, AnwBl 2009, 52; Rösler, ZVglRWiss 115 (2016), 533, 542.

²⁶ BeckOK-ZPO/Gaier, Art. 25 Brüssel Ia-VO, Rn. 27; *Brehmer*, RdTW 2014, 100; Geimer/Schütze/Geimer, EuZVR, Art. 25 Brüssel Ia-VO, Rn. 16, Rn. 29; MüKo-ZPO/Gottwald, Art. 25 Brüssel Ia-VO, Rn. 23; Musielak/Voit/Stadler, Art. 25 Brüssel Ia-VO, Rn. 2; *G. Wagner*, Rechtsstandort Deutschland im Wettbewerb, 2017, S. 14.

²⁷ Die Brüssel Ia-Verordnung "erzwingt" die Anerkennung, so *Wernicke*, NJW 2017, 3038, 3039; hierzu auch *Wiedemann*, Vollstreckbarkeit, 2017, S. 67. Zum Zusammenhang und Einfluss auf den Wettbewerb der Rechtstraditionen bei Vereinfachung der Anerkennung am Beispiel der Abschaffung nationaler Anerkennungskontrollen bereits *A. Bruns*, JZ 1999, 278, 286. Zur Abschaffung des Exequaturverfahrens in der Brüssel Ia-VO ausführlich Geimer/Schütze/*E. Peiffer/M. Peiffer*, Int. Rechtsverkehr, Art. 39 Brüssel Ia-VO, Rn. 1–5; Rauscher/*Mankowski*, Vorb. zu Art. 39 ff. Brüssel Ia-VO, Rn. 1–9; Schlosser/Hess/*Hess*, Art. 39 Brüssel Ia-VO, Rn. 1; *Thöne*, Abschaffung des Exequaturverfahrens, 2016, S. 75 ff; Thomas/Putzo/*Hüβtege*, Art. 39 Brüssel Ia-VO, Rn. 1.

²⁸ Hoffmann, DRiZ 2018, 6, 7; X. Kramer/Sorabji, ELR 2019, 1; G. Wagner, Rechtsstandort Deutschland im Wettbewerb, 2017, S. 197; Pfeiffer, DRiZ 2021, 46.

²⁹ So auch Beobachtung von *Biard*, ELR 2019, 24; *Kruisinga*, IPRax 2019, 277, 281; *Themeli*, in: X. Kramer/Sorabji, International Business Courts, 2019, S. 273, 282. Erklärungsversuch für das Zögern von Deutschland bei *Lehmann*, in: X. Kramer/Sorabji, International Business Courts, 2019, S. 83, 100. Zu den Problemen in Belgien *van Calster*, in: X. Kramer/Sorabji, International Business Courts, 2019, S. 107 ff.

³⁰ Der Gesetzesentwurf ist bereits zweimal an der Hürde der Diskontinuität gescheitert, hierzu *G. Wagner*, Rechtsstandort Deutschland im Wettbewerb, 2017, S. 213.

³¹ Kern/Dalitz, ZZPInt 21 (2016), 119, 137; Lehmann, in: X. Kramer/Sorabji, International Business Courts, 2019, S. 83; G. Wagner, Rechtsstandort Deutschland im Wettbewerb, 2017, S. 199.

neu entstandenen globalen Markt justizieller Dienstleistungen konnte sich Deutschland als Rechtsstandort bisher nicht durchsetzen.³² Dass Deutschland bereits vor mehr als zehn Jahren auf die besagte englische Werbebroschüre reagierte und einen eigenen Werbekatalog mit dem Titel "Law - Made in Germany" präsentierte, 33 zeigt, dass von deutscher Seite zumindest das Interesse besteht, im Wettbewerb mitzuwirken. Nur wenig später wurde die Idee einer Kammer für internationale Handelssachen geboren, die ausdrücklich internationale wirtschaftsrechtliche Verfahren von den Schiedsgerichten und dem englischsprachigen Ausland anziehen sollte.³⁴ Die Zulassung der englischen Sprache als Verfahrenssprache soll dabei als ausschlaggebendes Argument dienen. 35 Allerdings begannen spätestens mit dem *Brexit* viele kontinentaleuropäische Länder gleichzeitig darüber nachzudenken, Englisch als Gerichtssprache zuzulassen.³⁶ Frankreich und die Niederlande sind in dieser Hinsicht aktuell Vorreiter. Es stellt sich somit die Frage, ob ein Gesetzesentwurf, der maßgeblich die Änderung der Verfahrenssprache beinhaltet, im Jahr 2021 noch ausreicht, um im Wettkampf mit den europäischen Nachbarn nachzuziehen.

2. Der Klassiker: Common vs. Civil law

Weltweit konkurrieren bereits seit Jahrhunderten die zwei "vorherrschenden" Rechtstraditionen miteinander: Die *common-law*-Tradition und die *civil-law*-Tradition.³⁷ Die *common-law*-Tradition wurde maßgeblich vom englischen Recht geprägt und hat durch seine Verbreitung unter anderem in den USA, Kanada und Australien weltweit große Bedeutung erlangt.³⁸ Während die *common-law*-Tradition ihr Recht hauptsächlich anhand von gerichtlichen Präjudizien weiterentwickelt,³⁹ stützt sich die *civil-law*-Tradition, die vor allem in

³² G.-P. Calliess/Hoffmann, ZRP 2009, 1, 2; G. Wagner, Rechtsstandort Deutschland im Wettbewerb, 2017, S. 15.

³³ Siehe aktuelle Broschüre in der dritten Auflage "Law – Made in Germany", abrufbar unter www.lawmadeingermany.de/Law-Made_in_Germany_EN.pdf (zuletzt abgerufen: 01.09.2021); hiervon existiert auch eine französische, arabische, chinesische, russische und vietnamesische Fassung. Siehe hierzu auch *G.-P. Calliess/Hoffmann*, AnwBl 2009, 52; *Kötz*, AnwBl 2010, 1; *Remmert*, ZIP 2010, 1579.

³⁴ BT-Drucks. 17/2163, S. 2.

³⁵ BT-Drucks. 17/2163, S. 1.

³⁶ Kern, ELR 2012, 187, 189 f.; Kruisinga, IPRax 2019, 277; obwohl viele Pläne für business courts sogar schon früher existierten, so X. Kramer/Sorabji, ELR 2019, 1, 2.

³⁷ Wernicke, NJW 2017, 3038. Zu den Unterschieden und allgemein zum "adversarial system" *Andrews*, Principles of Civil Procedure, S. 33–51, Rn. 3-001–Rn. 3.021.

³⁸ Fenelly, ERA Forum 2018, 493, 494; *Zweigert/Kötz*, Einführung in die Rechtsvergleichung, § 16 I, S. 214–216.

³⁹ Hierzu *Andrews*, Modern Civil Process, 2008, Rn. 2.08–2.09; *A. Bruns*, JZ 2014, 162, 164; *Spotorno*, (2019) 85 Arbitration 106, 112; *Vos*, ELR 2019, 10, 11; *Wimalasena*, Veröffentlichung von Schiedssprüchen, 2016, S. 132–136; *Zweigert/Kötz*, Einführung in die Rechtsvergleichung, § 18 II, S. 253.

Kontinentaleuropa verbreitet ist, 40 hauptsächlich auf die Anwendung abstrahierter Regelungen, die in Gesetzbüchern niedergelegt sind. 41

Durch die Abstraktion der Rechtsregeln in Kodifikationen erhoffen sich die civil-law-Traditionen, systematische, effiziente und vorhersehbare Lösungen für Rechtssuchende zu bieten. 42 Im Vergleich zum im common law geltenden Fallrecht bietet das deutsche Recht bei der Vertragsgestaltung bereits ohne extensive Detailregelungen eine "verlässliche Orientierung". ⁴³ Viele – gerade deutsche - Unternehmen hoffen, dass eine häufigere Anwendung des deutschen Rechts im globalen Wirtschaftsverkehr eine einfachere Vertragsgestaltung ermöglichen und langfristig zu Kostenersparnissen führen wird.⁴⁴ Es wird angeführt, dass es aufgrund der systematischen Unterschiede zur common law-Rechtstradition aus praktischer Sicht keinen Sinn ergeben würde, als Partei eines civil-law-Staates das Recht eines common-law-Staates zu wählen. 45 Dennoch weisen common law-Rechtstraditionen bisher weitaus größere Erfolge bei der Beilegung von Streitigkeiten mit Auslandsbezug vor: Während die englische und anglo-amerikanische Rechtstradition inzwischen die Mehrheit der internationalen wirtschaftsrechtlichen Verfahren vor ihren Gerichten mit der Wahl ihres Landesrechts verzeichnen können, waren Zivilverfahren für die kontinentaleuropäischen Länder lange ein notwendiges Übel. 46 Deutlich wird dies vor allem im Bereich der Unternehmenstransaktionen, bei welchen die Vertragspraxis heutzutage maßgeblich vom anglo-ameri-kanischen Recht geprägt wird, während die Regeln hierzu in Deutschland und Europa als unzureichend gelten.⁴⁷ Entgegen der eben genannten Vermutung gilt gerade das englische materielle Recht als internationaler Standard für transnationale Wirtschaftsstreitigkeiten und die meisten – nicht-englischen – Parteien formulieren ihre Vertragswerke für internationale Warenkäufe oder M&A-Transaktionen

⁴⁰ Und das englische Recht als etwas "Fremdartiges und Wundersames" ansieht, so *Zweigert/Kötz*, Einführung in die Rechtsvergleichung, § 14 I, S. 177.

⁴¹ Graf von Westphalen, ZVglRWiss 102 (2003) 53, 63; Karrer, (2004) 4 Unif. L. Rev. 893, 894; Koch/Magnus/Winkler von Mohrenfels, IPR und Rechtsvergleichung, § 14, Rn. 2; Vos, ELR 2019, 10, 11; siehe auch Zweigert/Kötz, Einführung in die Rechtsvergleichung, § 18 IV, S. 262–263.

⁴² Wernicke, NJW 2017, 3038.

⁴³ So *Wernicke*, ZRP 2014, 34, 35. Zu den Unterschieden zur *common-law*-Vertragspraxis auch *Kötz*, AnwBl 2010, 1, 2; Merkt/Göthel/*Göthel*, § 1, Rn. 8; *Graf von Westphalen*, ZVglRWiss 102 (2003), 53, 58.

⁴⁴ Wernicke, ZRP 2014, 34, 36.

⁴⁵ Salger, AnwBl 2012, 40. Erst recht würde ein *common-law*-Anwalt nicht etwas anderes als eine *common-law*-Rechtsordnung vorschlagen, so *Lord Thomas of Cwmgiedd*, Giving Business What It Wants, 2017, S. 3, Rn. 11.

⁴⁶ So *Kern*, ELR 2012, 187, 189. Zum Erfolg US-amerikanischer Gerichte *Cranston*, (2007) 26 C.J.Q. 190, 198–199.

⁴⁷ Siehe hierzu Merkt/Göthel/Merkt, § 3, Rn. 5.

in der englischen Sprache.⁴⁸ Mit London wird zudem ein *common-law*-Gerichtsstandort für den Großteil der internationalen Handelssachen gewählt. Diese Fakten weisen auf einen Sieg der *common-law*-Rechtstradition im internationalen Wirtschaftsrecht hin.

Dennoch ist zu überprüfen, in welcher Hinsicht und in welchem Umfang tatsächlich Unterschiede bei der Beilegung internationaler Handelssachen zwischen den zwei Rechtstraditionen bestehen. Während man auch im *common law* immer mehr dazu neigt, das Fallrecht zu sortieren und in eine systematische Ordnung zu bringen, wird gleichzeitig im *civil law* die richterliche Rechtsfortbildung immer bedeutender. ⁴⁹ Gerade im Zivilverfahrensrecht ist eine Abkehr von traditionellen Verfahrenselementen zu beobachten, um einen modernen Prozess zu ermöglichen. ⁵⁰ Es bleibt abzuwarten, ob sich langfristig eine kontinentale oder eine angelsächsische Lösung im internationalen Wirtschaftsverkehr durchsetzen wird oder ob nicht vielmehr am Ende eine Kombination aus beiden Systemen den Vorrang verdient.

3. Das Duell: Private gegen staatliche Gerichtsbarkeit

Unverändert hält der Wettbewerb zwischen staatlichen und privaten Anbietern von Justizdienstleistungen an.⁵¹ Durch die Globalisierung steht es Unternehmen offen, wirtschaftliche Möglichkeiten jenseits der nationalen Landesgrenzen zu nutzen.⁵² Im Falle eines transnationalen Rechtsstreits können diese zu-

⁴⁸ Kern, ELR 2012, 187, 188–189; Meyding/Sorg, in: Wilhelmi/M. Stürner, Post-M&A-Schiedsverfahren, 2019, S. 11–12; Podszun/Rohner, BB 2017, 450; Vogenauer, in: Eidenmüller, Regulatory Competition, 2013, S. 227, 260 f. Siehe auch die Bewertung des englischen Rechts als "attraktivstes" bei Cuniberti, (2014) 34 Nw. J. Int'l L. & Bus. 455, 472. Zur Dominanz der englischen Sprache in M&A-Transaktionen siehe unten unter B., S. 15.

⁴⁹ Mit Beispielen *Graf von Westphalen*, ZVglRWiss 102 (2003), 53, 55, 63; zur zivilrichterlichen Rechtsschöpfung *A. Bruns*, JZ 2014, 162, 163; allgemein *Basedow*, RabelsZ 80 (2016), 237, 245; *Zweigert/Kötz*, Einführung in die Rechtsvergleichung, § 18 IV, S. 265. Zur vermehrten Kodifikation des englischen Rechts *Lord Thomas of Cwmgiedd*, Giving Business What It Wants, 2017, S. 3, Rn. 10; *Vos*, ELR 2019, 10, 11; zur Bedeutung der Rechtsfortbildung im Gesellschaftsrecht in beiden Rechtskulturen *von Hein*, Rezeption US-amerikanischen Rechts, 2008, S. 793–797.

⁵⁰ Siehe hierzu Kapitel 4, unter A. I. 3. b), S. 296.

⁵¹ G.-P. Calliess, Gutachten: Der Richter im Zivilprozess, 2014, A 38; Kern/Dalitz, ZZPInt 21 (2016), 119; G. Wagner, Rechtsstandort Deutschland im Wettbewerb, 2017, S. 69 ff.; Walker, (2019) 85 Arbitration 2.

⁵² Chong, Singapore International Commercial Court, 2015, S. 3, Rn. 5. Zur Bedeutung der Globalisierung auch *G.-P. Calliess*, Gutachten: Richter im Zivilprozess, 2014, A 27; *Spigelman*, (2007) 37 HKLJ 859.

dem die staatliche Gerichtsbarkeit durch die private Schiedsgerichtsbarkeit ersetzen.⁵³ Die Schiedsgerichtsbarkeit gilt als führendes Instrument für inter-nationale Streitigkeiten und Gewinner der Globalisierung.⁵⁴ Bisher kann die Schiedsgerichtsbarkeit die staatliche Gerichtsbarkeit vor allem durch die universale Vollstreckbarkeit der Schiedssprüche im Wege der New York Convention⁵⁵ ausstechen.⁵⁶ Hinzu kommen Vorteile wie die Wahlmöglichkeit des Tribunals durch die Parteien, die Option der vollständigen Geheimhaltung des Verfahrens und die Abwesenheit einer Kontrolle des Rechtsstreits in einer höheren Instanz.⁵⁷ Insgesamt gelten private Konfliktmechanismen als vorzugswürdig, während die traditionelle Prozessführung vor staatlichen Gerichten zunehmend um ihren Ruf und das Vertrauen der Rechtssuchenden fürchten muss.⁵⁸ Diese Konkurrenz wird aktuell durch den *Brexit* weiter verschärft, da dieser nur die Schiedsgerichtsbarkeit und ihre Vorteile unberührt lässt.⁵⁹

In den letzten Jahren ist ferner ein Wandel in der unternehmerischen Streitkultur zu beobachten. Alternative Dispute Resolution (ADR)⁶⁰ und ihre Mittel wie die Mediation gewinnen an Bedeutung.⁶¹ Diese konsensualen Streitbeilegungsmechanismen besitzen vor allem in grenzüberschreitenden Wirtschaftsstreitigkeiten erhebliches Potenzial, wenn es darum geht, bestehende Geschäftsbeziehungen über den Rechtsstreit hinaus zu konservieren.⁶² Internatio-

⁵³ HK-ZPO/Saenger, Vorb. §§ 1025–1066, Rn. 1; *M. Stürner/Wilhelmi*, in: Wilhelmi/M. Stürner, Post-M&A-Transaktionen, 2019, S. 1; *G. Wagner*, ZEuP 2008, 6, 7; Zöller/*Geimer*, Vorb. § 1025–1066 ZPO, Rn. 2.

⁵⁴ Fortier, in: LA Böckstiegel, 2001, S. 177 f.; Hoffmann, SchiedsVZ 2010, 96, 101; Movesian, (2008) 18 Duke J. Comp. & Int'l L. 423.

⁵⁵ Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche vom 10. Juni 1958 (New York Convention), BGBl. 1961 II S. 121.

⁵⁶ Brehmer, RdTW 2014, 100, 101; Grupp, NJW 2017, 2065, 2066; HK-ZPO/Saenger, Vorb. §§ 1025–1066, Rn. 2; X. Kramer/Sorabji, ELR 2019, 1, 9; Tan, (2018) 34 International Arbitration 415.

⁵⁷ Andrews, ZZPInt 21 (2016), 3, 14; Fortier, in: LA Böckstiegel, 2001, S. 177, 178; HK-ZPO/Saenger, Vorb. §§ 1025–1066, Rn. 2; Musielak/Voit/Voit, § 1025 ZPO, Rn. 2.

⁵⁸ Hirtz, NJW 2012, 1686; Wolf, NJW 2015, 1656, 1661.

⁵⁹ Andrews, ZZPInt 21 (2016), 3, 4; Grupp, EuZW 2017, 974, 980; X. Kramer/Sorabji, ELR 2019, 1, 8 f.; Pika, IWRZ 2016, 206, 207.

⁶⁰ Zur Begrifflichkeit der alternativen Streitbeilegung, die u.a. Verfahren, Mediation und Schiedsverfahren umfasst, *Wendland*, Mediation und Zivilprozess, 2017, S. 131–132; siehe auch *Nicklisch*, in: FS Schwab, 1990, S. 381, 384–385.

⁶¹ Duve/Sattler, AnwBl 2012, S. 2; Lachmann, Schiedsgerichtspraxis, Rn. 47; bereits Nicklisch, in: FS Schwab, 1990, S. 381; M. Stürner, JZ 2019, 1122; C. Wolf, NJW 2015, 1656. Grundlegend Wendland, Mediation und Zivilprozess, 2017, S. 1–2. Zur Entwicklung in England, Anderson, (2019) 38 C.J.Q. 126–143; Andrews, On Civil Processes, Rn. 28.15.

⁶² So *G. Wagner*, ZEuP 2008, 6, 7; hierzu auch *Lachmann*, Schiedsgerichtspraxis, Rn. 67–69; *Nicklisch*, in: FS Schwab, 1990, S. 381, 386. Siehe insbesondere die Darstellung zum "Wesen" der Mediation bei *Wendland*, Mediation und Zivilprozess, 2017, S. 161–165.

nale Konventionen wie das "UN-Übereinkommen über durch Mediation erzielte internationale Vergleichsvereinbarungen" werden nicht nur von vielen Staaten unterstützt, sondern ermöglichen die konsensuale Streitbeilegung zwischen Parteien aus Staaten wie China oder den USA, bei denen sich die Vollstreckung eines staatlichen, streitigen Urteils nicht selten als problematisch erweist. 4

4. Der Newcomer: Der asiatische Rechtsmarkt

Als wenig verwunderlich ist die aktuelle Entwicklung zu bewerten, dass der asiatische Rechtsmarkt stetig an größerer Bedeutung gewinnt. Im 21. Jahrhundert ist auch im Mittleren Osten, Indien, China oder Singapur die Entstehung von *business courts* zu beobachten. Singapur plant offensiv die Etablierung seines Justizstandorts als vorrangiges internationales Schieds- und Gerichtszentrum. Die Schiedsinstitutionen in Hongkong und Singapur verzeichneten jüngst Rekordjahre. Diese asiatische Konkurrenz setzt Foren in ganz Europa unter Druck. Wirtschaftlich und rechtlich gesehen, werden gerade China und

⁶³ Konvention abrufbar unter https://uncitral.un.org/sites/uncitral.un.org/files/media-documents/EN/Texts/UNCITRAL/Arbitration/mediation_convention_v1900316_eng.pdf (zuletzt abgerufen: 01.09.2021)

⁶⁴ Die Konvention wurde bisher von sechs Staaten, darunter Belarus, die Republik Fidschi, Singapur, Katar und Saudi-Arabien ratifiziert; Staaten wie Indien oder die USA haben die Konvention bereits unterzeichnet, siehe Statustabelle abrufbar unter https://uncit-ral.un.org/en/texts/mediation/conventions/international_settlement_agreements/status (zuletzt abgerufen: 01.09.2021). Siehe Meldung der Redaktion FD-ZVR über die positive Resonanz der BRAK in FD-ZVR 2019, 414208.

⁶⁵ Zu Indien *Garimella/Ashraful*, in: X. Kramer/Sorabji, International Business Courts, 2019, S. 185; allgemein *X. Kramer/Sorabji*, ERL 2019, 1, 2; *Requejo Isidro*, (2019) 9 IJPL 4, 9 f.; *Ruckteschler/Stooβ*, (2019) 36 J. Int. Arbitr. 431, 432; *Tan*, (2018) 34 International Arbitration 415, 424; *Tiba*, (2016) 14 Loy. U. Chi. Int'l L. Rev. 31, 32; *G. Wagner*, Rechtsstandort Deutschland im Wettbewerb, 2017, S. 196; zur Konkurrenz zwischen China und Singapur *Yip*, in: X. Kramer/Sorabji, International Business Courts, 2019, S. 129, 154–156; zum *Chinese International Commercial Court*, *Zhao*, in: X. Kramer/Sorabji, International Business Courts, 2019, S. 159.

⁶⁶ SICC Committee, Report of the Singapore International Commercial Court Committee, 2013, S. 8–11, Rn. 7–10, abrufbar unter www.sicc.gov.sg/docs/default-source/about-sicc/annex-a-sicc-committee-report.pdf (zuletzt abgerufen: 01.09.2021); *X. Kramer/Sora-bji*, ELR 2019, 1, 4; *Walker*, (2019) 85 Arbitration 2, 8; *Yip*, (2015) 32 Chinese (Taiwan) Y.B. Int'l L. & Aff. 155, 156; *ders.*, ELR 2019, 82, 83.

⁶⁷ Wilske/Markert/Bräuninger, SchiedsVZ 2018, 134, 135.

⁶⁸ Andrews, ZZPInt 21 (2016), 3, 4. Siehe insbesondere zu den Ambitionen von Singapur die Auskünfte des *SICC Committee*, Report of the Singapore International Commercial Court Committee, 2013, S. 8, Rn. 7, Fn. 66.

Sachregister

Alternative Streitbeilegung 9, 128, 143, 191, 270, 301, 362, 451 ff., 484 ff., 512 ff.

Berufsrichter

- Einzelrichterprinzip 39 f., 119
- Recht auf den gesetzlichen Richter 28, 315 f., 349 ff., 400
- Wählbarkeit 350 ff., 400 f.
- Unabhängigkeit 181 ff., 311, 315 f., 338, 349 ff.

Brexit 4 ff., 148 ff., 359

Brussels International Commercial Court 218 ff.

- Gerichtsorganisation 219
- Hintergrund 219
- Kritik 222, 228
- Verfahrensablauf 222 ff.
- Zuständigkeit 219

Case Management 45 ff., 125 ff., 164 f., 203 f., 238, 264 ff., 296, 413 ff., 487 ff.

- Begriff 47 ff., 296
- im englischen Recht 120 ff.
- im Schiedsverfahren 164 f.

Civil Law 6 ff., 98, 101, 123, 324 ff., 421

 Inquisitorisches System 43, 167, 181, 191, 265, 324 ff., 433, 460

Commercial Court Baden-Württemberg 16, 69, 305, 373, 381, 404, 418, 465 f.

Common Law 6 ff., 47, 88 f., 98, 101 ff., 116, 122, 137, 155, 189 f., 195, 211, 215, 289, 324 f., 421, 448 f.

- adversarial system 121 ff., 324 ff., 329, 334, 433

Digitalisierung 75, 170 f., 207 f., 237, 258, 269, 298, 314, 428 ff., 448, 502

- Ausstattung 75 f., 113, 243, 451, 467
- E-Akte 125, 207, 214, 298, 426, 430

Disclosure 127, 132 ff., 142, 166 f., 193, 240, 333 f., 433, 440 f., 509

- englisches Recht 132 ff.
- IBA Guidelines on the Taking of Evidence 165 ff.

Diversifizeriung des Verfahrens

- Deutschland 296, 374 f., 457 ff.
- England 140 ff.

Effizienz 49, 84, 264 f., 310

Begriff 369 ff.

Europa 244 ff.

- Brüssel Ia-VO 4 f., 79, 274, 351
- EuGFVO 254 ff., 276 f., 295, 300 f.
- EuBewVO 257 f., 283 435, 448, 450
- European Commercial Court 244 ff.
- Überblick 273 ff.

Gerichtssprache 71, 231, 263

- Zulassung der englischen Sprache 6, 87, 236, 336 ff.

Gerichtsstandsvereinbarung 83, 150 funktionelle 32, 199, 353, 382 ff.

Güteverhandlung 53, 61, 66, 70, 418, 451 f., 488, 492, 495

Handelsrecht 91 ff.

- deutsches 23, 34, 94 ff., 99 f.
- englisches 100 ff., 112
- internationales 91 ff., 246, 250 f., 287

Hauptverhandlungsmodell 185, 191, 271, 296 f., 329 ff., 479 f.

Hybrid-Gerichte 17 ff., 109, 156 ff., 193 ff., 290, 295, 383

- Entstehung 17, 156 ff., 193 ff.
- Konzeption 17, 109, 156 ff., 194 ff.

Instanzenzug 72 f., 378 ff.

- Parteiabrede 379, 460

Kammern für Handelssachen

- Gesetzesentwurf BT-Druck. 19/1717
 2, 16 f., 72, 95, 107, 193, 301 ff.,
 348, 355, 358 f., 387, 404
- Handelssache 30, 383 ff., 475
- historischer Hintergrund 22 ff.
- Zuständigkeit 26 ff.

Kammern für internationale Handelssachen

- Baden-Württemberg 16, 69, 305, 373, 381, 404, 418, 465 f., 470
- Frankfurt 16, 68, 302, 343, 395, 397, 408 f., 418, 470
- Hamburg 16, 67, 302, 343, 391, 423, 470
- Nordrhein-Westfalen 16 f., 302, 343

Laienrichter 12, 76 f., 316, 352 f., 445

- Handelsrichter 25 f., 33 ff., 221 f., 380, 398 ff., 417, 478
- Matching 352 f., 398 ff.

London Commercial Court 110 ff.

- Gerichtsorganisation 117
- Hintergrund 111 ff.
- Richter 118 f.
- Verfahrensablauf 120 ff.
- Woolf Reform 47, 51, 116, 122 f.

Modellgesetze 158, 172 ff., 191 f., 291

- European Rules of Civil Procedure 258 ff.
- IBA Guidelines on the Taking of Evidence 165 ff.
- Principles of Transnational Civil Procedure 179 ff.
- UNCITRAL Model Law 173 ff.

Mündlichkeitsgrundsatz 321

Netherlands Commercial Court 229 ff., 467 f.

- Gerichtsorganisation 232 ff.
- Hintergrund 230 f.
- Verfahrensablauf 235 ff.

Öffentlichkeitsgrundsatz 140, 298, 313 ff., 338 ff., 354, 361, 424 ff.

Vertraulichkeit des Verfahrens 85,
 160 f., 170, 213, 270, 354, 426 ff.

Patentgerichtsbarkeit 68 f., 76 f., 246 f., 382, 433, 441

Prozessmaximen 318 ff., 327 ff., 336

- Dispositionsmaxime 304, 319, 461
- Konzentrationsmaxime 320 f.
- Verhandlungsmaxime 65, 186, 308, 319 f., 327 ff., 331 f., 335, 459 f.

Rechtswahl 83, 93 f., 161 f.

- kollisionsrechtliche 87, 90, 93, 103 f.
 284 ff
- Schiedsgerichtsbarkeit 91 ff., 105 f., 161 f., 173

Schiedsgerichtsbarkeit 8 ff., 15, 72, 105

- Kritik 85, 171 f.
- Verfahrensablauf 162 ff.
- Vorteile 80 ff., 158 ff.

Singapore International Commercial Court 197 ff.

- Gerichtsorganisation 198 ff.
- Hintergrund 197 f.
- Verfahrensablauf 202 ff.

Sondergerichtsbarkeit 25 ff., 376 ff.

Verfahrensdauer 36, 69, 72 ff., 108, 304, 310, 312, 371 f., 445, 457

Verfahrensleitung

- formell 48, 62, 65
- historische Entwicklung 53 ff.
- materiell 48 ff., 63 ff., 413 ff.

Vollstreckbarkeit 78 ff., 153, 276 ff.

- europäische 5, 79 f., 276.
- Haager Übereinkommen 11, 80 f., 151, 215, 278
- Schiedsverfahren 9, 80, 158 f., 285

Vorlagepflichten 61, 133 ff., 188, 210, 267, 299, 326, 333 ff., 440 ff., 503

Wettbewerb der Justizstandorte 2 ff., 12, 109, 147, 301 f., 306, 358 f., 473

- europäisch 3 ff., 218, 229 f., 248
- inländisch 12, 32
- international 3 ff., 289 f., 301 f., 365